

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327  
Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage  
Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbst-  
abholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktions-  
erhöhungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns  
das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Lagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Nitrau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: Walter Hiele

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Melanczeile 80 Pfg. Tabel-  
larischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender  
Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“  
„Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisfözung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 61

Bad Schandau, Freitag, den 13. März 1931

75. Jahrgang

## Zür eilige Leser.

\* Wie in Paris verlautet, soll Briand dem deutschen Votschafter von Hoesch im Verlaufe der am Donnerstag stattgefundenen einständigen Unterredung ausdrücklich versichert haben, daß die Frage der Landabrüstung durch das Flottenabkommen nicht präjudiziert sei.

\* In den Tagen vom 13. bis 15. März wird in Leipzig ein Reichstagskongreß der Gottlosen stattfinden, dessen Veranstalter hauptsächlich der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands ist, der gleichzeitig seinen Reichstagskongreß in Leipzig abhält. Der 15. März ist einem sogenannten „Reichskulturkongreß“ gewidmet. Das sächsische Innenministerium ist von den Stundgebungsplänen in Kenntnis gesetzt. Es hat aber keinen Anlaß zu vorbeugendem Einschreiten gesehen. Die Veranstaltungen werden jedoch unter der Kontrolle der Behörden stehen.

\* Vor Beginn einer für Donnerstagabend von der NSDAP. Gau Hamburg einberufenen Versammlung bei Saagebiet, in der der braunschweigische Staatsminister Dr. Franzen sprechen sollte, nahm die Polizei im Versammlungsort mehrere hundert Kommunisten fest, die sich mit gefälschten Karten Einlaß verschafft hatten.

\* In einer am Donnerstagnachmittag stattgefundenen Sitzung der Christlichsozialen Bauernorganisation des Reichsbauernbundes in Wien teilte der österreichische Landwirtschaftsminister Thaler mit, daß er noch am Donnerstagabend sein Rücktrittsgesuch überreichen werde.

## Ergebnis der Woche

Nach diesem schweren Winter, der uns gerade jetzt sein Frost- und Schneeregiment fühlen läßt, sehnt sich die ganze deutsche Wirtschaft nach einem endlichen Wirtschaftsfühlung. Es sind auch einige, allerdings noch sehr vereinzelte Anzeichen für ein Wirtschaftserwachen vorhanden. Der geringe Rückgang der Arbeitslosenziffer ist dafür nicht so ausschlaggebend wie die Tatsache, daß seit einiger Zeit eine dauernde Aufwärtsentwicklung an der Börse festzustellen ist, die eine allgemeinere Befestigung des Kapitalmarktes anzeigt. Das wichtigste ist hierbei ein langamer Rückfluß abgewanderten Kapitals. Sollte sich diese Entwicklung, was man verheißentlich erhofft, fortsetzen, dann dürfte sie sich langsam auch in einer Neubelebung einzelner Wirtschaftszweige bemerkbar machen. Eine weitere Belebung erwartet man ferner aus den Moskauer Verhandlungen einer deutschen Industriedelegation. Die bisher darüber bekanntgewordenen Ergebnisse sehen durchaus günstig aus. Die deutschen Industriellen rühmen das große Entgegenkommen der Sowjetbehörden und ihre offenbar ernste Absicht, mit den deutschen Industriellen ins Geschäft zu kommen. Wenn alle noch nicht geklärten Fragen, vor allem die der Finanzierung der Lieferungen, ihre Erledigung gefunden haben werden, würden der deutschen Wirtschaft für etwa 200 bis 300 Millionen Mark Aufträge gegeben werden können, die bestimmt nicht ohne Einwirkung auf die Konjunkturgestaltung in Deutschland bleiben könnten. Das Auslandsgeschäft ist schließlich die einzige Möglichkeit für die deutsche Wirtschaft, aus der gegenwärtigen Stagnation herauszukommen, nachdem der Versuch der Belebung des Inlandsabfahes durch Lohn- und Preislenkung als gescheitert angesehen werden muß. Hier haben sich eben vorgefaßte Meinungen und langgeübte Gepflogenheiten nicht befeitigen lassen. Und schließlich: eine knapp zugeschnittene Lohn- und Gehaltslenkung erfüllt nicht dadurch besser ihren Zweck, daß man sie mit Gewalt ausdehnt.

Im Reichstag haben sich die Ausschüßberatungen des Etats nun so weit entwickelt, daß man bereits die schwierigeren Etatprobleme in Angriff genommen hat. Mit einiger Ueberraschung stellte man fest, daß der Wehr- und Marineetat eine reibungslose Erledigung fand und daß sich dabei in der Betonung der deutschen Wehr- und Flottenpolitik eine Einmütigkeit zeigte, wie man sie im Nachkriegs-Reichstag kaum erlebt hat. Die große Frage bei der Beratung des Marineetats bildete das Panzerschiff B, für das die erste Bau-rate angefordert worden ist. Nach den jahrelangen Stürmen, die um die neuen Panzerschiffe getobt haben, konnte man kaum damit rechnen, daß sich im Reichstag diese Etatposition ohne Aufregung und ohne Schwierigkeiten abwickeln würde. Es mag sein, daß das Auftreten des Reichswehrministers Groener viel dazu beigetragen hat, den Versuch einer Krisenmacherei von vornherein zu unterlassen. Sein Wort, daß er mit seiner Wehr- und Flottenpolitik stehe und falle, wird bestimmt auch im Ausland Eindruck machen. Das um so mehr, wenn man die Ausführungen der einzelnen Parteiredner von rechts bis links verfolgt. Man kann nämlich mit einiger Genugtuung feststellen, daß sich bei verschiedenen Parteien die Auffassungen über unsere Wehr- und Flottenpolitik grundsätzlich geändert haben. Selbst die Sozialdemokratie rückt von einem falschen Pazifismus ab und bekennt sich zu einer vernünftigen Wehrpolitik, nachdem sich erweisen hat,

daß Deutschlands Nachbarn rundum ihre Rüstungen in nicht mißzuverstehender Weise verstärken. Aus dieser Einmütigkeit des Deutschen Reichstages kann jedenfalls das Ausland die Folgerung ziehen, daß das deutsche Volk aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre gelernt hat und nicht gewillt ist, seine Zukunft lediglich von dem guten oder bösen Willen seiner Nachbarn abhängig zu machen. Es wiederholt sich also auch hier, was wir schon vor einigen Monaten im Reichstag erlebten, daß das deutsche Volk in der Vertretung seiner außenpolitischen Interessen sich immer mehr zusammenfindet.

Die Betonung dieses Willens war nach den Auslassungen des französischen Kriegsministers Maginot und des früheren französischen Staatspräsidenten Millerand eine nationale Notwendigkeit. Frankreich fühlt sich in seiner jetzigen Stellung als stärkste Kriegsmacht des Kontinents so überlegen, daß es glaubt, auch seine früheren Alliierten zwingen zu können, diese militärische Vormachtstellung auch für die Zukunft anzuerkennen. Die soeben erfolgte Veröffentlichung des französisch-italienischen

nischen Flottenabkommens und seine Kommentierung durch den britischen Marineminister zeigen mit ziemlicher Klarheit, daß Frankreich an eine wirkliche Abrüstung nicht denkt. Die Auslassungen des britischen Marinelords sind auch dazu angetan, in Deutschland einige Beruhigung über etwaige Geheimabmachungen für die Landabrüstung zu schaffen. Aus der französischen Presse mußte man jedenfalls schließen, daß Frankreich in den Flottenpakt nur eingewilligt habe, nachdem England gewisse Zusicherungen in der Frage der Landabrüstung gegeben habe. Jetzt weiß man, daß Frankreich in der U-Boot-Frage nicht nachgegeben hat, so daß England die Lösung dieses Problems für die Abrüstungskonferenz zurückgestellt hat. England ist also nicht voll befriedigt von dem Pakt, und wenn man die Worte des britischen Marinelords als aufrichtig ansieht, dann hinterlassen sie den Eindruck, daß England hofft, mit Hilfe anderer abrüstungswilliger Staaten Frankreich zum Nachgeben zu zwingen. Allerdings liegt darin auch die Gefahr, daß Frankreich sich seine eventuelle Nachgiebigkeit mit entsprechenden Konzessionen für seine Landrüstungen bezahlen lassen wird.

## Wieder einmal Belastungsprobe für Brüning

Ausschuß für sozialdemokratische Steuerforderungen

Berlin, 12. März.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der weiteren Entwicklung, die die parlamentarische Lage bis zur Erledigung des Etats und der anderen großen Gesetzesvorlagen nehmen wird.

Im Hinblick auf die steuerlichen Forderungen der Sozialdemokraten scheinen die Schwierigkeiten im Augenblick größer zu sein.

In Kreisen der bürgerlichen Mitte rechnet man damit, daß der sozialdemokratische Vorschlag auf fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für Jahres-einkommen über 20 000 Mark eingebracht und gegebenenfalls eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit finden dürfte. In diesem Falle dürfte

von rechts her versucht werden, den Reichstag durch Verlassen des Sitzungssaales beschlußunfähig zu machen und so die Annahme des Antrages zu verhindern.

Reichter liegen die Dinge bei der Forderung auf Erhöhung der Einkommensteuer. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß dieser Antrag angenommen wird, ohne daß die Deutsche Volkspartei ernsthafte Schwierigkeiten macht; die Wirtschaftspartei beabsichtigt sogar, für diesen Antrag zu stimmen.

Im Steuerauschuß sind jedenfalls beide sozialdemokratischen Anträge von der Linksmehrheit angenommen worden.

Aber noch eine andere Frage kann für den Reichstag von erheblicher Bedeutung werden, nämlich die Dauer der Reichstagsvertagung. Bisher hatte man angenommen, daß auch die Sozialdemokraten einer Vertagung bis in den Herbst hinein nichts in den Weg legen würden. Wie nunmehr verlautet, wünschen sie aber, daß

die Parlamentspause zunächst nicht länger als bis kurz vor Pfingsten, also bis Ende Mai ausgedehnt wird.

In Kreisen der Reichsregierung wird aber eine längere Vertagung schon deshalb für notwendig gehalten, weil das Kabinett erst nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen an die eigentliche positive Arbeit gehen kann und dann alle Kraft für die Ausführung der Gesetzeswerke braucht, die der Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage dienen sollen.

Der Reichskanzler ist bemüht, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden,

die sich noch während des letzten Teiles der Reichstags-tagung eingestellt haben. Diesem Ziele gilt offenbar auch eine längere Aussprache, die er mit dem Führer der Deutschen Volkspartei hatte.

## Die Entwicklung im Reichstag

Kompromißmöglichkeiten für die Vertagungs-dauer

Berlin, 13. März.

Im Reichstag besprach man Donnerstagnachmittag lebhaft die Ausschüßabstimmung über den Einkommensteuervorschlag. Man mißt ihr noch keine endgültige Bedeutung bei, da die Entscheidung schließlich im Reichstagsplenum liegt. Viel bemerkenswert ist, daß die ausgezeichnete aufgenommene Rede des

Reichsarbeitsministers nichts enthielt, was die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierung verschärfen konnte.

Im übrigen hat die für Donnerstag ange kündigte Besprechung des Kanzlers mit den Führern der Sozialdemokraten bis 7 Uhr abends noch nicht stattgefunden. Es war zu dieser Zeit auch noch kein Zeitpunkt dafür vereinbart. Von sozialdemokratischen Führern wird bestätigt, daß Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung über die Dauer der Reichstagsvertagung bestehen. Gewisse Anzeichen sprechen aber dafür, daß es gelingen wird, zu einer Verständigung zu kommen. Das Kompromiß dürfte etwa auf der Linie liegen, daß man dem Reichstagspräsidenten den Zeitpunkt der Wiedereinberufung des Reichstags überläßt und dahin übereinkommt, daß er von dieser Ermächtigung nur dann zu einem früheren Zeitpunkt Gebrauch macht, als die Reichsregierung ihn wünscht, wenn besondere Umstände das Zusammen-treten des Reichstags erforderlich machen sollten.

Widerstand gegen neue Steuererhöhungen.

Berlin. Wie die „D.M.Z.“ erfährt, haben die Reichstags-abgeordneten der Mittelparteien, die am Donnerstag vom Reichskanzler empfangen wurden und mit ihm eine Aussprache über wirtschaftspolitische Fragen hatten, erklärt, daß sie jede neue Steuererhöhung ablehnen müßten.

## Zweite Tagung der nationalen Opposition.

Berlin. Aus führenden Kreisen der nationalen Oppositionen der Mittelparteien: „Die Vertreter der Reichstags-nationalen, die sich mit den aus der Landvolkpartei ausgeschiedenen Abgeordneten am 1. März 1931 zu einer gemeinsamen Besprechung über die allgemeine politische Lage und zur Beschlußfassung über das für die Zukunft zu beachtende Verhalten der nationalen Opposition versammelt hatten, waren am Donnerstag den 12. März, dem Jahrestag der Annahme des Youngplans, abermals in Berlin zusammengetreten. Sie stellten einmütig fest, daß die Entwicklung genau in den Bahnen verlaufen ist, die sie vorausgesehen haben. Demzufolge bestand auch keinerlei Veranlassung, die seinerzeit gefaßten Beschlüsse irgendeiner Änderung zu unterziehen. Es wurde erneut nachdrücklich betont, daß mit dem bloßen Fernbleiben von den sogenannten Arbeiten des Rumpfs-reichstages die Kampfmittel der nationalen Opposition bei weitem nicht erschöpft sind.“

## Die deutschnationalen Bedingungen

Weimar, 13. März

Reichstagsabgeordneter Dr. Oberfohren kam hier in einem Vortrag auf die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning zurück, er habe die Deutschnationalen wiederholt aufgefordert, an seiner Regierung im Sinne einer Erweiterung nach rechts teilzunehmen. Nach der Darstellung des Abg. Oberfohren habe am 17. Juli 1930 auf Wunsch von Hugenberg und Oberfohren eine Besprechung mit Dr. Brüning stattgefunden, in welcher dem Kanzler von den deutsch-nationalen Vertretern erklärt worden sei:

„Wir sind bereit, Ihre Regierung in ihrer Existenz zu verlängern und gegen den von der Sozialdemokratie eingebrachten Mißtrauensantrag zu stimmen. Das soll aber nicht sofort geschehen, sondern die Abstimmung muß hin-